



Ausschuss für Europa und Internationales

20. Sitzung (öffentlich)

11. Januar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1 Deutsch-Polnisches Jugendwerk sowie Deutsch-Französisches Jugendwerk (s. Anlagen 1 und 2)	4
Vorstellung durch die jeweiligen Vertreter	
– Lisa Kenning (Deutsch-Französisches Jugendwerk, Generalsekretariat Berlin) sowie Geschäftsführer Stephan Erb (Deutsch-Polnisches Jugendwerk, Potsdam) stellen das jeweilige Jugendwerk vor und beantworten anschließend Fragen der Abgeordneten. Die PowerPoint-Präsentationen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.	4

**2 Lehren aus den Paradise Papers ziehen – Steuervermeidung, Steuer-
betrug und Geldwäsche konsequent entgegentreten 31**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1983
Ausschussprotokoll 17/359

Die Beratung wird vertagt.

**3 Stand der bildungspolitischen und kulturellen Beziehungen zwischen
NRW/Deutschland und Frankreich 32**

Bericht der Landesregierung

Die Beratung wird vertagt.

4 Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft 33

Bericht der Landesregierung

Die Beratung wird vertagt.

5 Verschiedenes 34

Der **Ausschuss beschließt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion, vom 28.10.2019 – 02.11.2019 **eine Informationsreise nach Ghana durchzuführen.**

5 Verschiedenes

Der **Vorsitzende Dietmar Brockes** teilt mit, er habe zwei Punkte, die er unter Verschiedenes ansprechen wolle.

Zum einen habe sich die Obleuterunde darauf verständigt, dass der Ausschuss in diesem Jahr eine Reise in das Partnerland Ghana angehen wolle. Er schlage dem Ausschuss daher vor, in dem Zeitraum vom 28. Oktober bis 2. November 2019 in einer Delegationsstärke mit drei Abgeordneten der CDU, drei der SPD, einem Abgeordneten der FDP, einem von Bündnis 90/Die Grünen und einem der AfD in das afrikanische Partnerland zu reisen. Er frage, ob es dazu Wortmeldungen gebe. – Das sei nicht der Fall.

Der **Ausschuss beschließt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion, vom 28.10.2019 – 02.11.2019 **eine Informationsreise nach Ghana durchzuführen.**

Des Weiteren habe das Plenum in seiner Sitzung am 12. Dezember den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/4351 – Gesetz für die Übergangsphase nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union des Landes Nordrhein-Westfalen (Brexit-Übergangsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – BrexitÜG NRW) – federführend an den Europaausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen. Der Ausschuss sollte sich heute auf das Beratungsverfahren verständigen. Er frage, ob es seitens des Ausschusses den Wunsch nach einer Anhörung zu diesem Gesetzentwurf gebe. – Er sehe, dass dies nicht gewünscht sei. Somit könnte der Ausschuss den Gesetzentwurf in der nächsten Ausschusssitzung beraten und auch darüber abstimmen, wenn die Mitberatung beendet sei.

Johannes Rimmel (GRÜNE) regt an, für diese Sitzung, in der der Ausschuss abschließend dieses Gesetz berate und darüber beschließe, alle potenziell betroffenen Ressorts einzuladen, also nicht nur das federführende Ministerium, sondern auch das Schulministerium und andere mögliche betroffene Ressorts, damit man auch Rückfragen stellen könne.

Vorsitzender Dietmar Brockes bittet Herrn Rimmel, dass er die Ressorts im Nachgang nochmal mitteile, ansonsten würde das letztes Endes bedeuten, dass alle Ministerien hier vertreten sein müssten.

Johannes Rimmel (GRÜNE) verweist auf die Kleine Anfrage 1865 „Welche rechtlichen Änderungen und Handlungsnotwendigkeiten sind auf Landesebene in Folge des ‚Brexit‘ notwendig?“ seiner Fraktion – Drucksache 17/4662. Er gehe davon aus, dass im Rahmen einer Ressortabfrage der Betroffenheitszirkel ermittelt worden sei. Der Ausschuss, das Parlament, habe bisher keine Informationen darüber bekommen, in welchen Ressorts es in der Folge des Brexit möglicherweise zu Gesetzesänderungen

kommen müsse. Insofern könne er es nur allgemein formulieren. Es gebe ja einen spezifischen Bezug zum Bildungsbereich. Da könne er es spezifizieren. Alles andere müsste sich aus den Informationen, die sich bei der Landesregierung und einer entsprechenden Ressortarbeitsgruppe befänden, ergeben, also welche Ressorts potenziell vom Brexit durch Gesetzgebung oder Verordnungen betroffen wären.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) kommt auf die Frage nach dem mitberatenden Ausschuss zu sprechen. Wenn der Ausschuss beabsichtige, am 8. Februar – ohne Anhörung – zu beraten und gegebenenfalls abzuschließen, dann wäre es fair, wenn man das dem mitberatenden Ausschuss für Europa und Internationales mitteile, damit er sein Votum vorher abgebe.

Vorsitzender Dietmar Brockes bedankt sich für den Hinweis. Das werde man dem mitberatenden Ausschuss mitteilen.

Rüdiger Weiß (SPD) führt aus, bestimmt werde es in der nächsten Woche in Großbritannien zur Sache gehen. Niemand wisse, wie es ausgehe, aber es werde weitreichende Konsequenzen haben. Vor diesem Hintergrund bitte er im Namen der SPD-Fraktion um die Durchführung einer Sondersitzung des Ausschusses speziell zu dem Thema Brexit, „Was sind die Folgen, was sind die Auswirkungen?“ Er würde es sehr begrüßen, wenn der Brexit-Beauftragte der Landesregierung, Herr Merz, an dieser Sitzung teilnehmen könnte.

Der **Vorsitzende Dietmar Brockes** bedankt sich für den Vorschlag. Er bitte Herrn Weiß, das auch noch einmal schriftlich mitzuteilen.

gez. Dietmar Brockes
Vorsitzender

2 Anlagen

29.01.2019/13.02.2019

66